



*Schlimmer  
als blind sein  
ist nicht  
sehen wollen.*

*Mai 2017, Nr. 12*

## **LSG Arbeiter stehen vor dem Ultimatum**

Entweder ihr geht oder ihr müsst mit noch mehr Kürzungen rechnen!

Der Frankfurter Flughafen - seit Jahren ein Zentrum von verschiedensten Unternehmen und Firmen, bekannt für tausende Leiharbeiter und schlechte Arbeitsbedingungen. Eine der Firmen, die einen großen Teil am Flughafen ausmacht, ist die LSG, die Catering-Tochter der Lufthansa. Ihr Marktanteil auf der ganzen Welt liegt bei 20% und stellt somit den zweitgrößten Anbieter der Bordverpflegung dar. In Deutschland befand sich der Umsatz 2011 bei über 730 Millionen Euro.

müssen entweder in ein anderes Werk gehen und weniger Lohn bekommen oder am besten die LSG verlassen. In den Mitarbeiterversammlungen sprechen die Manager so, als wäre es das logischste auf der Welt: „Wir machen zu wenig Profit, also müsst ihr ganz einfach weg.“ Mit Abfindungen überreden sie Arbeiter, die 20- 30 Jahre ihres Lebens für diese Firma produziert haben, zu kündigen. Solidarische Arbeiter haben daraufhin Flyer vor Werk 1 und Werk 2 verteilt und wurden des Öfteren des Platzes verwiesen. Jedoch konnten sie die Arbeiter aufklären und diese waren sehr interessiert. Es heißt nämlich genau jetzt den Kampf gemeinsam zu führen, denn das Handeln der LSG ist das beste Beispiel dafür, wie unwichtig der Mensch gesehen wird und wie genau dieses System funktioniert. Die Gewerkschaften sind nicht da und der Arbeiter sieht keine Lösung. Also was kann man tun?



2013 kam es zu zahlreichen Lohnkürzungen, um zu "sparen"; Kürzungen der Urlaubstage und Erhöhung der Arbeitszeit um 1,5 Stunden. In ihren Schubladen hielten die Chefs der LSG ihre ständigen Angriffspakete für die Angestellten bereit, um sie zur richtigen Zeit auszupacken. Am Flughafen ist die Firma in Werk 1 und Werk 2 unterteilt. Es wird ein ständiger Konkurrenzkampf zwischen beiden Werken provoziert, um den gemeinsamen Kampf zu verhindern. Auch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gewerkschaften sorgt für eine Zersplitterung unter den Arbeitern. Hinzu kommt auch die ständige Angst um den eigenen Arbeitsplatz. Die Stammebelegschaft fürchtet die Leiharbeiter und diese wiederum fürchten um ihre Existenz.

Letztes Jahr verlor die LSG jedoch den größten Kunden "Condor" und jetzt heißt es: „Wir sind zu viele und müssen die Arbeitsplatzkapazität reduzieren.“ Es wird zu tausenden Entlassungen kommen. Den Arbeitern wird gesagt, sie



Der erste Schritt ist, zu erkennen, dass man als Arbeiter keine Unterschiede unter sich macht. Egal welche Nation, welche Religion - man produziert gemeinsam. Egal welche Gewerkschaft; ob Stammebelegschaft oder Leiharbeiter - man wird gleich ausgebeutet. Doch aus der Zerstreuung der Arbeiter schöpfen die LSG Chefs ihre Kraft. Solange es keine Einheit gibt, droht ihnen keine Gefahr. Es muss also ein Arbeiterkomitee geschaffen werden, das wirklich die Stimme der Arbeiter darstellt. So kann man die Probleme wirklich aufdecken und sie bekämpfen. Der Verlust von Condor ist nur der Anfang und das Ende ist nicht in Sicht. Nur der organisierte Kampf der Arbeiter kann die Skrupellosigkeit der Chefs stoppen.

# Türkei Referendum: „Ja“ verkündet – „Nein“ gesiegt

Bei dem Referendum in der Türkei ist mit einer knappen Mehrheit von 51,4% für das Präsidialsystem gestimmt worden. Für das „Ja“ haben die AKP und die MHP, die konservativ-reaktionär-nationalistischen Kräfte in der Türkei, geworben.

## Ein gerechtes Spielfeld?



Nur die Anhänger Erdogans hatten die Möglichkeit eine vernünftige Wahlkampagne zu führen. Nach dem Putschversuch und dem anschließend eingeführten Ausnahmezustand, der willkürlich nun zum vierten mal wieder verlängert wird, wurde eine Zeitung nach der anderen verboten. Dies galt auch für die Fernsehkanäle der Oppositionen. Die Medienchefs der sogenannten „parteiunabhängigen“ Kanäle, wie CnnTürk, NTV oder Habertürk wurden durch neue ausgetauscht, welche der AKP nahestehen. Somit strahlten die Fernsehkanäle ununterbrochen die Propaganda der AKP aus. Ihre Wahlauftritte wurden so organisiert, dass den Tag hinüber abwechselnd der Bundespräsident Erdogan und der Bundeskanzler Yildirim ihre Reden gehalten haben, sodass keine Lücken entstanden, in denen auch die Wahlauftritte der Oppositionellen hätten ausgestrahlt werden können. Recherchen zufolge haben die nationalen Kanäle zwischen dem 1. und 10. März für Nachrichten über das Referendum und Wahlkampfreden insgesamt 10.140 Minuten ausgestrahlt. Davon wurden 3210 Minuten für den Bundespräsidenten Erdogan, 4992 Minuten für die AKP und fünfmal so wenig (1025 Minuten) für die größte Oppositionspartei CHP, 880 Minuten für die MHP und nur 33 Minuten für die zweitstärkste Oppositionspartei HDP eingeteilt. Der Staatskanal TRT 1 hat in dieser Periode die HDP nur eine Minute lang ausgestrahlt. Während bei den Live-Programmen von dem Staatskanal TRT 183 Stunden lang der AKP Bühne geboten wurde, wurde

diese Möglichkeit den Oppositionsparteien vollkommen verwehrt.

Arbeitern und Werktätigen wurde von den Arbeitgeberern gedroht, sie zu entlassen, sollten sie nicht mit „Ja“ stimmen. Auf offener Straße wurden Menschen, die Nein-Flyer verteilten, nicht nur von Zivilisten, sondern auch von Polizisten mit Messern und Schüssen attackiert. De facto herrschte während der Wahlkampagne ein faschistisches Regime, welches nun durch das geplante Präsidialsystem legalisiert werden soll.

Neben den unfairen Wahlbedingungen wurden 2,5 Millionen Wahlzettel ohne Stempel von der Wahlkommission geltend gemacht.

## Ein Schritt rückwärts in der Geschichtsschreibung



Was war der Inhalt dieses Referendums, welches international in den Medien Widerhall findet? Die faschistisch-reaktionäre Koalition hat sich vorgenommen das Präsidialsystem einzuführen, welches in seiner konkreten Gestalt in der Türkei eine Ein-Mann-Diktatur bedeutet.

Die Verfassungsreform sieht weitreichende Vollmachten für den Präsidenten vor und der Präsident übernimmt gleichzeitig das Amt des Ministerpräsidenten. Somit ernennt und entlässt er die Mitglieder des Kabinetts und er wählt selber seine Stellvertreter. Diese Minister können nicht mehr per Misstrauensvotum abgesetzt werden. Der Präsident bekommt nicht nur die Befugnis, Dekrete zu erlassen, welche Gesetzeskraft beinhalten, sondern er kann auch noch Gesetzesvorhaben des Parlaments mit seinem Veto blockieren. Des Weiteren kann der Präsident willkürlich das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen. Hinzu kommt, dass der Präsident eine Partei angehört.

ren darf und somit nicht „unabhängig“ sein wird. Nicht nur die Exekutive und Legislative sind somit in seiner Hand, sondern auch die Judikative wird von ihm bestimmt. Vier von den 13 höchsten Richtern werden vom Präsidenten selber ernannt. Hinzukommt, dass er Oberbefehlshaber der Streitkräfte bleibt, jedoch nicht wie bisher im Auftrag des Parlaments. Somit herrscht in der Türkei keine Gewaltenteilung mehr, sondern die gesamte Macht sammelt sich in der Hand einer Person. Dieses autokratische System herrschte zwar schon vorher in der Türkei, jetzt jedoch wird es durch die Verfassungsreform „legitimiert“.

### Unterstützung der imperialistischen Staaten und internationalen Konzerne



Die imperialistischen Staaten und nationalen, wie auch internationale Konzerne haben, manche in einem gemäßigeren Ton, manche deutlicher, zum Ausdruck gebracht, dass sie dieses Wahlergebnis und die geplante Verfassungsreform als legitim betrachten. Vor allem die islamisch-konservative Wirtschaftsvereinigung MÜSIAD (Verein Unabhängiger Unternehmer und Industrieller) haben das Wahlergebnis mit sehr großer Freude entgegengenommen. Die britische Zeitung The Times hat kurz vor den Wahlen veröffentlicht, dass ein „starker Erdogan“ für den Nahen Osten von Vorteil ist und dass Erdogan die Kurden in Syrien im Stich lassen muss. Die Ratingagentur Moody's hat die Türkei um eine Note runtergestuft. Genau jetzt braucht Erdogan in dieser instabilen Phase die Unterstützung der imperialistischen Staaten, um sich unter diesen Bedingungen auf den Beinen halten zu können. Dies wird bedeuten, dass ein nach dem anderen die neoliberalen Angriffe im Land verschärft werden. Schon ein paar Tage nach den Wahlen wurde verkündet, dass bei der Kündigung von Arbeitsverträgen, die Kündigungsabfindung abgeschafft werden soll. Diese Kündigungsabfindung trägt für die Arbeiter in der Türkei große Bedeutung, da man dort keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder ähnliches hat.

### „Nein“ - Wir wählen den Widerstand



Sollte sich auch das „Ja“ durchgesetzt haben, so hat das Volk in der Türkei weder den Kampfgeist verloren, noch hat es das Ergebnis einfach so hingenommen. Noch in der Nacht der Verkündung des Wahlergebnisses sind die Menschen auf die Straßen gestürzt und haben entschlossen gegen den Wahlbetrug und das Präsidialsystem protestiert. Desweiteren ist zu beachten, dass die Großstädte alle mit „Nein“ gestimmt haben.

Das Wahlergebnis ist somit auch für Erdogan und seine Anhänger nicht als ein erfolgreicher Sieg einzustufen. Man muss bedenken, dass die MHP und die AKP, mit Hinblick auf die letzten Wahlen, etwa zusammen 60% der Stimmen besaßen. Bei dieser Betrachtung sollte man zusätzliche auch die herrschenden Bedingungen vor der Wahl vor Augen halten. Zwar wurde das Ergebnis des Referendums angefochten, jedoch blieb dieser Weg erfolglos. Die Opposition will weitere Rechtswege gehen, ob diese Versuche eine Chance auf Erfolg haben, bleibt fraglich. Tatsache ist, dass den Arbeitern und Werktätigen und vor allem den Frauen eine schwere Zeit bevorsteht, der nur mit dem aktiven und organisierten Kampf entgegengetreten werden kann.



## Von der Geschichte des 1. Mai lernen, um die Zukunft selbst bestimmen zu können

Es war das Jahr 1856, als sich die australischen Arbeiter über den Achtstundentag unterhielten. Einige sagten: „Es ist eine Utopie.“, andere: „Es ist doch niemand bei uns.“ Die Stimmen wurden lauter: „Sie würden uns umbringen“, „Wir haben uns so viel Mühe gegeben, um diese Arbeit zu bekommen.“, „Wir würden unsere Arbeit verlieren“. Schließlich legten sie die Arbeit nieder und wurden zum Funken, der den Kampf gegen die Kapitalisten, die unterdrückende Unternehmerklasse, entfachte.

1886, als sich die Arbeiter in Chicago über die Durchsetzung des Achtstundentags unterhielten, sagten auch dieses Mal einige unter ihnen: „Es ist eine Utopie“. Ein Arbeiter fragte: „Werden diese hier auch mit uns laufen?“ und zeigte auf die farbigen Arbeiter. Trotz dessen erhoben sich am 1. Mai zehntausende Arbeiter verschiedener Herkunft gegen die Ausbeutung der Kapitalisten.



Warum ist der 1. Mai so wichtig und was lehrt er uns?

Der 1. Mai ist historisch betrachtet der Tag des Klassenkampfes. Es ist der Tag, an dem die Arbeiter sich organisiert und ein Klassenbewusstsein entwickelt haben, denn die Arbeiter haben verstanden, dass die Zukunft nur durch die Einheit der unterdrückten Klasse, der großen Mehrheit der Bevölkerung erkämpft werden kann. Trotz der herrschenden Spaltung haben sie gezeigt, dass man die Mauer der Ängste und Vorurteile zerstören und diese durch die Brücke der Genossenschaft und Solidarität ersetzen kann. Ihre Einheit ist unausweichlich, denn die Arbeiter werden unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Geschlecht und ihrem Glauben überall auf die gleiche Weise von den Kapitalisten ausgebeutet. Sie sind auf der Welt die Schaffenden; die Kapitalisten sind die Raubenden. Somit teilen die Arbeiter stets dieselben Interessen, welche jedoch vom kapitalistischen System und seinen Medien, der Politik und auch seiner Bildung bekämpft werden.

Karl Marx bewies aber, dass das Fortschreiten der Gesellschaft und Menschheit ein Naturgesetz ist. Das bedeutet, dass die Menschen solange kämpfen werden, bis die Unterdrückung abgeschafft ist; bis eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung herrscht. Da die Kapitalisten von der heutigen Klassengesellschaft profitieren und so ihren Reichtum aufbauen, werden sie die herrschende Ordnung natürlich mit Gewalt verteidigen, wodurch die einzige Lösung nur eine Revolution sein kann. Diese revolutionäre Perspektive hat den Arbeitern stets gelehrt, ihre Ziele kämpfend zu erreichen, denn das System schenkt den Menschen nichts; man muss sich seine Rechte selbst nehmen.



Um es mit einem konkreten Beispiel auszudrücken: Den heutigen Achtstundentag verdanken wir den sich damals organisierenden Arbeitern, von denen viele für unser Erbe ihr Leben ließen. Auch alle anderen Errungenschaften wie Arbeitnehmerrechte oder das Recht auf gewerkschaftliche Organisation basieren auf den entschlossenen historischen Kämpfen der Arbeiter. Der 1. Mai ist der Tag, der all diese Lehren in sich vereint und die internationale Botschaft „Organisation – Einheit – Kampf gegen das System“ verbreitet. Er ist der Tag, der uns den Weg in die zukünftige Gesellschaft weist.



[resistance.int@gmail.com](mailto:resistance.int@gmail.com)



Resistance1917